

aus: Weltwoche 46.09 (12. November 2009), S. 25

Der folgende Text ist die vom Interviewten autorisierte Version.

Leider hat die Weltwoche eine unautorisierte, fehlerhafte Version abgedruckt.

6 Fragen an Reiner Eichenberger

Zum gewerkschaftlichen Vorschlag eines Mindestlohnes von CHF 3500

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat angekündigt, eine Initiative zu lancieren, für einen Mindestlohn von 3500 Franken. Klingelt es da in den Ohren eines Ökonoms?

Den Gewerkschaftern gefällt es natürlich, bei den Löhnen mitzureden. Aber eine Durchsetzung ihrer Forderung würde den Arbeitsmarkt massiv stören. Denn Minimallohne, die über den Löhnen liegen, die sich bei freiem Wettbewerb bilden würden, sind höchst problematisch. Sie führen dazu, dass diejenigen Arbeitnehmer die weniger produktiv sind, auch weniger eingestellt werden. Insbesondere die Jungen oder die sonst aus einem Grund weniger Produktiven, also einfach die Schwächsten.

Sie wollen damit andeuten, dass Arbeitnehmer, die weniger als 3500 Franken verdienen, schlechte Arbeit leisten?

Nein, keinesfalls. Viele dieser Arbeitnehmer arbeiten sehr hart und sehr gut. Aber im Wettbewerb zahlen Arbeitgeber wenig, weil ihnen die Arbeit nicht mehr wert ist. Es wäre schön, wenn alle Menschen so produktiv wären, wie gewünscht. Nur eben haben viele die benötigten Fähigkeiten nicht. Entweder aufgrund von eigenen Schwächen oder dem des Bildungssystems.

Was würde denn passieren, wenn ein Mindestlohn eingeführt werden würde?

Das Risiko ist gross, dass weniger Leute eingestellt werden. Zudem würden viele Arbeitgeber künftig einfach mehr Arbeitsleistung von den zum Minimallohn Arbeitenden verlangen. Marktferne Minimallohne führen also einfach zu Stress am Arbeitsplatz. Manche Arbeitgeber würden auch bei den Nebenkosten wie Kost und Logis aufschlagen, wie man es etwa aus dem Gastgewerbe kennt. All das führt dazu, dass der Staat dann noch stärker in den Arbeitsmarkt eingreifen muss und diesen stärker regulieren als bislang. Das ist vergleichbar mit dem Mietwohnungsmarkt. Wenn man Höchstpreise für Wohnungen festlegt, dann unterhalten sie die Eigentümer weniger gut, verlangen von den Mietern Zusatzleistungen und selektionieren die Mieter nach eigenem Belieben.

Hat die Zuwanderung zu niederen Löhnen geführt?

Wissenschaftlich lässt sie diese Aussage bisher nicht belegen. Doch es ist klar, wenn das Arbeitsangebot steigt, drückt dies auf die Löhne. Lange Zeit hatten wir das Glück, dass die Weltwirtschaftskonjunktur robust war und deshalb die Löhne gestiegen sind. Allerdings wohl weniger stark, als dass sie ohne die Einwanderung gestiegen wären. Vom Lohndruck profitieren allerdings die Arbeitgeber, deren Lohnkosten sinken. Die tieferen Lohnkosten wiederum ziehen Kapital ins Land, neue Firmen werden gebaut, die Schweizer Wirtschaft wächst, wodurch die Löhne wieder steigen. Die Einwanderung hat daher nur kurzfristig einen lohndämpfenden Effekt. Das grössere Problem im Zusammenhang mit der Einwanderung sehe ich mehr in der Belastung der Infrastruktur, der Umwelt und der Natur.

Also sind die ausländischen Zuwanderer gar kein Problem für den Arbeitsmarkt?

Ein Lohn von 3500 Franken ist ein Traumeinkommen für das restliche Europa. Wir sprechen schon jetzt von möglichen Grenzen der Einwanderung, aber was passiert, wenn die Schweiz ein Signal setzt mit Mindestlöhnen? Das führt zu einem zunehmenden Angebot von Ausländern im Tieflohnsegment. Die bisherigen In- und Ausländer werden dann vermehrt durch Neuzuzieher konkurrenziert und teils ersetzt.

Dennoch. 3500 Franken im Monat sind zuwenig zum überleben. Irgendetwas muss doch getan werden?

Die Hochpreisinsel Schweiz muss endlich geknackt werden. Die Märkte sollten so schnell wie möglich weiter geöffnet werden, damit die Preise herunter kommen. Der Schutz der Schweizer Landwirtschaft führt unter anderem dazu, dass unsere Lebensmittelpreise noch immer sehr hoch sind. Hier muss man den Deutschen dankbar sein, dass sie uns Aldi und Lidl geschickt haben, die preislich schon viel bewegt haben. Der beschlossene Abbau der technischen Handelshemmnisse und die Lockerung des Patentrechts müssen schnellst möglich umgesetzt werden, so dass der Wettbewerb im Gross- und Detailhandel weiter intensiviert wird. Zudem müssen über eine gebietsweise Lockerung der Bauvorschriften die Mieten heruntergeholt werden. Dies geht nur durch eine grosszügigere Raumplanung. Wir stossen an Kapazitätsgrenzen wenn wir versuchen, mehr Leute auf den gleichen Raum zu verteilen. Zudem sollte auch die Abgabenlast von Niedrigverdienern reduziert werden, etwa bei der AHV und der Mehrwertsteuer.